

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 15. Mai 2023

Vladimir Kara-Murza umgehend freilassen!

Am 17. April 2023 ist der russische Oppositionspolitiker und Menschenrechtler Vladimir Kara-Murza zu 25 Jahren Straflager unter anderem wegen des angeblichen „Hochverrats“ und der angeblichen Verbreitung falscher Informationen über die russische Armee verurteilt worden. Der Václav-Havel-Preisträger Kara-Murza wurde bereits im April 2022 inhaftiert, strafrechtlich verfolgt und als „ausländischer Agent“ eingestuft, weil er es wagte, sich gegen Russlands brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine im In- und Ausland öffentlich zu äußern. Herr Kara-Murza wurde damit für freie Meinungsäußerung strafrechtlich verurteilt. Das Urteil widerspricht nicht nur der Verfassung der Russischen Föderation, die grundsätzlich nach wie vor noch Rechte und Freiheiten wie die Meinungsfreiheit garantiert, sondern ist ein weiterer, eindeutiger Beleg für die anhaltende systematische Unterdrückung in der Russischen Föderation und die zahlreichen Versuche der russischen Regierung, ihre Kritiker zum Schweigen zu bringen. Seit Beginn seiner Inhaftierung hat sich sein Gesundheitszustand massiv verschlechtert. Kara-Murza wurde bereits 2015 und 2017 Opfer von Giftanschlägen.

Wir Freie Demokraten stehen in voller Solidarität an der Seite von Vladimir Kara-Murza und seiner Familie und fordern seine sofortige Freilassung und seinen Freispruch. Ihm muss umgehend Zugang zu umfassender unabhängiger medizinischer Versorgung gewährt werden. Wir verurteilen die eindeutig politisch motivierte Anklage und diesen Scheinprozess auf das Schärfste und fordern eine lückenlose Aufklärung der Giftanschläge auf ihn.

Wir Freie Demokraten bekräftigen erneut unsere Forderung zur sofortigen Freilassung von Alexej Nawalny, dessen Gesundheitszustand sich in Lagerhaft durch die unmenschliche Behandlung dramatisch verschlechtert, sowie von Ilja Jaschin und aller politischen Gefangenen in Russland.

Wir Freie Demokraten unterstützen nach wie vor die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte, die zielgerichtete, personenbezogene Sanktionen nach dem Vorbild des „Magnitsky Acts“ auf europäischer Ebene ermöglicht, um Menschen- und Völkerrechtsverletzungen weltweit zu ahnden. Wir begrüßen daher auch das auf EU-Ebene geplante Sanktionsregime zu Korruption.

Wir Freie Demokraten werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, für politische Gefangene einzutreten und Russland international, sei es beispielsweise vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zur Rede zu stellen und die Verantwortlichen von Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen.